

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Keine überhöhte Subvention für Balzner Bewässerungsanlage

Der Landtag bewilligte einen Subventionssatz von 60 Prozent an die Wasserzuführung für Balzner Bäche aus dem Rhein

Mit einem Kostenaufwand von 3,8 Millionen Franken wird derzeit ein Projekt zur Wiederbewässerung der Balzner Bäche und des Naturschutzgebietes Aule Häg aus dem Sickerwasser des Rheins verwirklicht. Dem Landtag lag ein Subventionsbegehren für das Bewässerungsprojekt vor, wobei die Höhe des Subventionssatzes zur Diskussion stand. Nach eingehender Debatte stimmte der Landtag schliesslich dem Regierungsvorschlag in Höhe von 60 Prozent einstimmig zu.

Dass die Wiederbewässerung der ausgetrockneten Bäche und Giessen in Balzers eine Notwendigkeit darstelle, war im Landtag unbestritten. Ebenso unbestritten war auch, dass die Gemeinde Balzers für dieses Bewässerungsprojekt eine höhere Subvention zugeteilt erhalten sollte, als dies nach dem Subventionsreglement vorgesehen ist. Nachdem die Regierung einen Subventionssatz von 60 Prozent vorgeschlagen hatte, sprachen sich einige Abgeordnete für eine Erhöhung auf 70

Prozent aus – gemäss dem Beispiel mit der Abwassersanierung aus dem Alpengebiet für die Gemeinde Triesenberg.

### Keine Folgekosten für den Staat

Als erster Redner sprach sich der Balzner VU-Abgeordnete Georg Vogt für die Bewässerungsanlage aus und stellte auch die Frage nach dem Einbau von Schwellen im Rhein, um den durch die Kiesentnahme abgesunkenen Grundwasserspiegel wieder anheben zu können. Gleichzeitig unterbreitete er dem Landtag auch den Antrag, die staatliche Subvention für das Bewässerungsprojekt auf 70 Prozent zu erhöhen.

Im gleichen Sinne äusserte sich der FBP-Abgeordnete Johann Kindle, der auf das Beispiel Triesenberg mit einer erhöhten Subvention für die Sanierung der Abwasseranlagen hinwies. In seiner Begründung führte Johann Kindle (FBP) auch aus, dass dem Staat aus dem Gemeindeprojekt keine Folgekosten er-

wachsen würden. Im weiteren bezeichnete er das Projekt als ein nationales Anliegen. Der Natur, die vorher ausgenutzt wurde, könne damit wieder etwas rückerstattet werden.

### «Markstein» setzen

Während sich auch der VU-Abgeordnete Dr. Helmut Matt für die erhöhte Subvention aussprach und anmerkte, die Gemeinde Triesenberg könnte sich ebenfalls an den Kosten beteiligen, kämpfte der VU-Abgeordnete Paul Kindle gegen eine weitere Anhebung des Subventionssatzes, indem er auf die gute Finanzlage der Gemeinde Balzers verwies. Nach seiner Meinung sollte ein «Markstein» gesetzt werden, um nicht die Subventionen immer höher zu treiben.

Für eine Subvention im Sinne des Regierungsvorschlages votierte auch der FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann. Im weiteren machte er darauf aufmerksam, dass es sich bei diesem Projekt

um eine Sanierungsmassnahme handle, nachdem der Mensch zu stark in den Naturhaushalt eingegriffen habe. Viele Naturräume seien in den letzten Jahren auf diese Weise verloren gegangen.

### 60 Prozent bereits erhöht

Nachdem sich auch die Abgeordneten Beat Hasler (VU) und Hermann Hassler (VU) sowie Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter (VU) für den Antrag der Regierung ausgesprochen hatten, ging Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille auf einige Aspekte der Debatte ein. Er unterstrich dabei, dass die Regierung dem Projekt eine hohe Bedeutung zuzumesse, was im erhöhten Subventionssatz von 60 Prozent zum Ausdruck komme.

Für den erhöhten Subventionssatz von 70 Prozent votierten zum Schluss nur drei Abgeordnete, während der Regierungsvorschlag mit einer Subvention von 60 Prozent einstimmig genehmigt wurde.

## Spitalärztliche Versorgung ausgeweitet

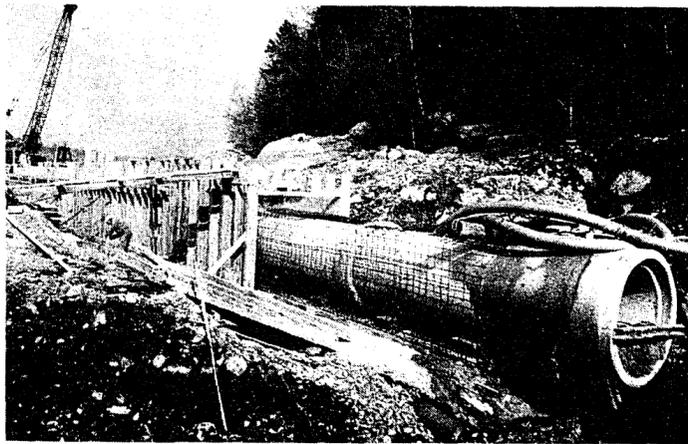
Aufnahme liechtensteinischer Patienten in Vorarlberg

(paf) – Die Regierung hat eine Vereinbarung mit dem Bundesland Vorarlberg über die Krankenhausbetreuung liechtensteinischer Patienten im Landeskrankenhaus Feldkirch und im Landesnervenzentrum Valduna vorbehaltlich der Zustimmung durch den Landtag genehmigt. Ein entsprechender Bericht und Antrag ist an den Landtag weitergeleitet worden.

Die spitalärztliche Versorgung der liechtensteinischen Bevölkerung ist durch verschiedene Vereinbarungen mit den Trägern von Krankenhäusern in den Kantonen St. Gallen und Graubünden bereits heute sichergestellt. Diese Vereinbarungen gewährleisten die Aufnahme liechtensteinischer Patienten in das Kantonsspital St. Gallen, in die kantonalen Spitäler Grabs und Walenstadt sowie in das Kantons- und Regionalspital Chur, das Frauenspital Fontana und das Kreuzspital Chur. Durch die Verträge mit den schweizerischen Nachbarspitälern ist die Versorgung der Akutkranken des Landes sichergestellt. Liechtensteinische Spezialpatienten können bereits heute eine vertraglich zugesicherte Aufnahme in sieben ausländischen Krankenhäusern finden.

Trotzdem haben Patienten aus den Gemeinden des Liechtensteiner Unterlandes immer wieder den Wunsch geäussert, die spitalärztlichen Dienste des Krankenhauses Feldkirch in Anspruch nehmen zu dürfen. Erste Bemühungen, auch das Krankenhaus Feldkirch in die Vertrags-spitäler einzubeziehen, gehen auf das Jahr 1968 zurück.

Die getroffene Vereinbarung geht vom Grundsatz aus, dass Patienten mit steuerrechtlichem Wohnsitz in Liechtenstein zur stationären oder ambulanten Betreuung in das Landeskrankenhaus Feldkirch oder in das Landesnervenzentrum Valduna aufgenommen werden. Das Land Liechtenstein übernimmt als Gegenleistung für die Patienten die Kostengutsprache für die allgemeine Pflegeklasse. Die Vereinbarung regelt im weiteren die vom Land zu übernehmenden Kostenanteile bei der stationären Behandlung der Patienten. Die Kosten für die ambulante Krankenhausbetreuung werden nach den Ansätzen des liechtensteinischen Ärztetarifs von den Patienten oder ihren Zahlungspflichtigen getragen und diesen direkt in Rechnung gestellt.



In der letzten Sitzung hat der Landtag eine 60prozentige Subvention an die Kosten des Wiederbewässerungsprojektes in Balzers bewilligt. Unser Archivbild zeigt die Baustelle im März am Rhein beim Ellhorn: Die Sickerleitungen für die Fassung von sohlfiltriertem Rheinwasser werden erstellt.

## Grosses Interesse Jörg Haiders für Liechtenstein

Vortrag vor dem Presseclub – Besuch bei der Regierung – Besichtigung der Presta in Eschen

Der Bundesobmann der Freiheitlichen Partei Österreichs, Dr. Jörg Haider, zeigte bei seinem Besuch in unserem Land grosses Interesse für die politische und wirtschaftliche Situation. Im Mittelpunkt seines Aufenthaltes stand sein Vortrag vor dem Internationalen Liechtensteiner Presseclub (LPC). Zum Rahmenprogramm gehörte aber auch ein Gespräch mit Mitgliedern der Regierung sowie eine Besichtigung der Firma Presta in Eschen.

Der Internationale Liechtensteiner Presseclub (LPC) unter seinem Präsi-

dent Walter B. Wohlwend hat in der Vergangenheit immer wieder namhafte Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, aus Kultur und Wissenschaft als Gäste und Referenten eingeladen. Der Bundesobmann der FPÖ, Dr. Jörg Haider, gehört zu jenen Politikern, an denen sich die Gemüter scheiden oder erhitzen können. Sein Vortrag unter dem Titel «Das politische System Österreichs – Reform oder Rückschritt» wurde deshalb mit besonderem Interesse erwartet.

Vor seinem Referat, das gestern abend im Hotel Real in Vaduz gehalten wurde,

war Dr. Jörg Haider zu Gast bei der Regierung. Zur Sprache kam, wie verlautete, unter anderem auch die Zusammenarbeit zwischen Österreich und Liechtenstein. Anschliessend an diesen Meinungsaustausch lud Regierungschef Hans Brunhart den österreichischen Gast zu einem Mittagessen ein.

Am Nachmittag besuchte Haider die Firma Presta in Eschen, die ausgewählt worden war, weil sich in diesem Industriebetrieb besonders viele österreichische Grenzgänger als Arbeiter befinden.

## Österreich beauftragt Militärhistoriker

Kommission soll Vorwürfe gegen Waldheim klären

Wien (AP) Österreich will eine Kommission von Militärhistorikern mit der Klärung der Vorwürfe gegen Bundespräsident Kurt Waldheim im Zusammenhang mit dessen Dienstzeit in der Deutschen Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges beauftragen. Doch scheint die Mission bereits im voraus zum Scheitern verurteilt.

Aussenminister Alois Mock kündigte am Montag in Wien an, Waldheim selbst und die Regierung würden über die Zusammensetzung der Kommission entscheiden. Der Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal, der das Gremium angeregt hatte, erklärte dazu, unter diesen Voraussetzungen brauche man den Ausschuss nicht.

Mock wies die Forderung einer vom Ausland aufgestellten Kommission mit den Worten, «wir sind kein Vasallenstaat», zurück. Die Zusammensetzung

der Kommission, der auch Ausländer angehören könnten, werde vom Bundespräsidenten und der Regierung bestimmt. Der Sprecher Waldheims, Gerold Christian, bestätigte gegenüber AP, dass es eine Historikerkommission geben werde.

Mock äusserte sich skeptisch dazu, ob eine Kommission das ihr gesteckte Ziel erreichen werde. Er fürchte, dass es auch dann weiterhin «einige geben wird, die in der Gegend herumlügen». Daran werde auch das vorbereitete «Weissbuch» über die Kriegsvergangenheit des Bundespräsidenten aus der Sicht Österreichs wahrscheinlich nichts ändern. Christian kündigte an, dass das «Weissbuch» voraussichtlich in zwei Wochen vorgelegt werde. Geprüft wird nach den Worten Christians noch immer die Möglichkeit einer Klage im Zusammenhang mit der US-Entscheidung, Waldheim auf die «watchlist», die Überprüfungsliste der US-Einwanderungsbehörde zu setzen.



Der Bundesobmann der Freiheitlichen Partei Österreichs, Dr. Jörg Haider, der sich auf Einladung des Internationalen Liechtensteiner Presseclubs in Liechtenstein aufhält, stattete gestern mittag Regierungschef Hans Brunhart einen kurzen Höflichkeitsbesuch ab. (Bild: Brigitt Risch)

## Amt für Gewässerschutz überwacht Sonderabfälle

(paf) – Am 1. April 1987 ist in der Schweiz die Verordnung über den Verkehr mit Sonderabfällen (VVS) in Kraft getreten. Mit dem Vollzug der Verordnung, die aufgrund des Zollvertrages auch in Liechtenstein anwendbar ist, hat die Regierung in der Sitzung vom 28. April 1987 das Amt für Gewässerschutz beauftragt.

Die Verordnung über den Verkehr mit Sonderabfällen hat die Aufgabe, die Menschen und die Umwelt vor schweren Bedrohungen zu schützen, die bei unsachgemässer Behandlung von Sonderabfällen entstehen können. Sie organisiert ein System zur Überwachung des Verkehrs mit Sonderabfällen, das am Ort ihrer Entstehung beginnt und erst bei der endgültigen Entsorgung endet.

Zu diesem Zweck müssen Betriebe, die Abfälle abgeben wollen, ermitteln, ob sich darunter Sonderabfälle befinden. Weiter fordert die Verordnung, dass Empfänger von Sonderabfällen einer Bewilligung bedürfen. Die Verordnung nennt die Voraussetzungen für die Erteilung der Bewilligung. Schliesslich besorgt die Verordnung, dass Sonderabfälle nur abgegeben oder entgegengenommen werden dürfen, wenn ihnen Begleitscheine beiliegen.

## Deutsche Touristen bringen Milliarden

Bonn (spk/dpa) Die Westdeutschen, neben den Bürgern der USA das reisefreudigste Volk der Welt, werden 1987 zwischen 47 und 50 Mrd Mark (gegen 45 Mrd Franken) ins Ausland bringen – rund 6 Prozent mehr als 1986. Dies geht aus Schätzungen von Reiseunternehmern und Banken hervor, die vor Beginn der neuen grossen Urlaubswelle vorlagen. Die Tourismus-Branche erwartet ein neues Rekordjahr. Geringeres Wirtschaftswachstum und Anstieg der Arbeitslosigkeit haben die Reiselust nicht beeinträchtigt. Die Reiseunternehmen hatten schon im März mehr als 60 Prozent der Gesamtbuchungen des letzten Jahres im Kasten.

Rund 27 Mio Deutsche verreisen in diesem Jahr mindestens für eine Woche – davon 18 Mio ins Ausland. Terror, Aids, Kriegsgefahr oder Naturkatastrophen schrecken offenbar die Mehrheit nicht, stellte die Branche fest. Nur knapp 29 Prozent meinten, sie nähmen solche Ergebnisse bei der Urlaubsplanung «sehr ernst».

Positiv wirkt sich allgemein die wachsende Härte der Deutschen Mark aus. Der deutsche Urlauberstrom in die USA wird nach Schätzungen um 15 Prozent auf 750 000 anschwellen. Weit über die Hälfte der Westdeutschen fährt in die Sonnenländer am Mittelmeer sowie zu den Nachbarn Österreich, Schweiz und Holland. Dorthin fliessen traditionell 65 Prozent aller Reisedevisen aus der Bundesrepublik.

Die Dritte Welt dürfte nach Schätzungen in diesem Jahr mit 2,5 bis 3,0 Mrd Mark (5 Prozent) von der Reiselust profitieren. Dabei stehen Tunesien und die Türkei an der Spitze der «Hitliste».

## Japan hat angeblich grosse Raumfahrtpläne

Tokio (AP) Japan will einen Bericht der Wirtschaftszeitung «Nihon Keizai Shimbun» zufolge Anfang des nächsten Jahrhunderts in die bemannte Weltraumfahrt einsteigen, um von den Amerikanern unabhängig zu werden. Das Blatt berichtete am Montag, die Weltraumentwicklungskommission der Regierung habe beschlossen, die Konstruktion einer Raumfähre und einer Weltraum-Fernmelderelaisstation sowie eines Systems von Wetterbeobachtungssatelliten in Auftrag zu geben.